

Kreistblatt des
Stadtfreies Bocholt
Amtlicher Anzeiger
des Landratsamtes,
von Bürgermeister,
Ämtern und Ämtern
des Kreises Borken.
Organ
der Zentrumspartei

Volksblatt

Gesetzblätter:
Bocholt, Nealschul-
straße 14. Fernspr.
Sammelnr. 3054.
Hede: J. Heinrichs.
Anholt: W. Wollfing.
Borken: Th. Barre.
Verlagsort:
Dortmund 1.

Nummer 308

Montag, den 5. November

Jahrgang 1928

Die Schweizerischen Wahlen.

Von unserem Genfer Vertreter.
(Genf, 2. November.)

Die Schweizer Wahlen sind geschlagen. Truppen und Führer haben sich der wohlverdienten Ruhe hingelassen. Unheimlich viel Munition wurde verschossen in dem sonst so friedlichen Lande, welches scharfe Wahlkämpfe, wie sie die Nachbarstaaten Deutschland und Frankreich kennen, bisher in dem Umfang noch nicht gesehen hat, wie bei den jetzigen Wahlen zum National- und Ständerat. Besonders heftig war der Kampf in der Metropole des Völkerverbundes, wo die Sozialisten allerdings einen Stimmenzuwachs, aber infolge des Proporzsystems keinen Mandatsgewinn erzielen konnten. In der gesamten übrigen Schweiz sind die sozialistischen Stimmen relativ zurückgegangen und wenn gerade in Genf diese Stimmen zugenommen haben, so soll gerechtfertigt nicht verkannt werden, daß durch die ungeheuren vielen internationalen Institutionen, vor allem durch den Völkerverbund und das Internationale Arbeitsamt der Lebensstandard zu einer solchen Höhe gestiegen ist, daß für die großen Arbeitermassen der wirtschaftliche Druck doch stark empfindlich sich auswirkt und gerade aus dem unzufriedenen Genfer Bürgertum mancher sich dem Sozialismus in die Arme geworfen hat. Der riesige Aufwand von Wahlkampfkosten, von Zeitungspolemiken und leider auch persönlicher Verunglimpfung, besonders von Seiten der Sozialisten linksradikaler Richtung, hat es nicht vermocht, die Genfer Unabhängigen, d. h. die Christlich-Sozialen, aus dem Feld zu schlagen. Im Gegenteil: Sie konnten einen Stimmenzuwachs von 500 Stimmen, jedoch der katholische „Courrier de Genève“ mit Recht einen Erfolg bucht und erklärt, daß der extreme Sozialismus durch diese Wahlbegriffung verurteilt worden sei. Die rote Welle ist in der Schweiz zum Stillstand gekommen und wenn die modernen Schweizer weiterhin auf ihre Kraft in den Dienst der Aufrechterhaltung der Gesellschaftsordnung stellen, all ihre Kräfte vor allem auch in den Dienst der nationalen Idee, welche von den Sozialisten besonders heftig bekämpft wird, so dürfte bei der nächsten, in drei Jahren stattfindenden Wahl die Protestanten wohl endgültig zur Untätigkeit verurteilt werden. Dazu ist aber erforderlich, daß die bürgerlichen Parteien, vor allem die starke Genfer konservativ-demokratische Partei ein Programm zur Ausführung bringt, das der starken wirtschaftlichen Depression, welche vor allem die Mittelschichten betrifft, Einhalt gebietet. Nach Lage der Dinge scheint das aber nicht der Fall zu sein. Denn die Genfer Parteien sind, abgesehen von den Christlich-Sozialen und Sozialisten, stark plutokratisch eingestellt und haben nur sozialen Höflichkeit nicht das Verständnis, das zur Vereinigung des wirtschaftlichen Drucks erforderlich ist. Erfolgreich ist ferner auch der Mandatsgewinn der Christlich-Sozialen in Zürich. Dort hat der moderne Kampf den Christlich-Sozialen einen Mandatsgewinn eingebracht, jedoch Zürich im künftigen Nationalrat mit zwei Vertretern aufmarschieren wird. Gerade in Zürich ist der Gewinn der Katholiken wohl bemerkenswerter, als dort eine Hochburg der Sozialdemokratie ist, welche bisher das Feld unumstritten beherrschte und die gesamte Politik im großen und kleinen auf der Basis des marxistischen Systems aufbauen will, ohne jedoch dazu die Befähigung zu besitzen. Auch im Wallis, Basel und Schaffhausen sind die Hoffnungen der Katholisch-Konservativen Partei erfüllt worden.

Die Mandatsverteilung im Nationalrat ergibt folgendes Bild: Radikale 58 Sitze, (59. Die Kammer-Sozialisten bedeuten die Sitze von 1925), Katholisch-Konservative 48 (42), Sozialisten 50 (49), Bauernpartei 31 (31), Liberale 6 (7), Kommunisten 2 (3). Demnach beträgt die Gewinn- und Verlustverteilung: Radikale - 1, Katholisch-Konservative + 4, Sozialisten + 1, Liberale - 1, Kommunisten - 1. Da die Wahlen gleichzeitig zum Ständerat - eine Art Schweizerischer Senat - vorgenommen wurden, ergibt sich für diesen folgendes Bild: Radikale 20 Sitze (20), Katholisch-Konservative 18 (18), Sozialisten 0 (2), Bauern 3 (2), Liberale 1 (1). Demnach verlieren in der obersten Schweizerischen Körperschaft die Sozialisten zwei Sitze, sind also vollkommen leer ausgegangen, während die Bauern einen Sitz gewinnen und die übrigen Parteien ihren Besitzstand wahren. Das Bild für beide Kammern ergibt folgendes: Radikale 78 (79), Katholisch-Konservative 64 (60), Sozialisten 50 (51), Bauern 34 (33), Liberale 7 (8), Kommunisten 2 (3). Demnach verlieren: Radikale 1, Sozialisten 1, Liberale 1, Kommunisten 1. Es gewinnen: Katholisch-Konservative 4 und die Bauern 1. Im großen und ganzen kann man dem konservativen Zentralorgan in Luzern, dem „Vaterland“, zustimmen, wenn es die Wahlen charakterisiert: „Die Signatur des Wahlsieges ist eine dreifache: Stillstand des Freiheits, Stillstand der Sozialdemokratie, Vormarsch der Katholisch-Konservativen.“

Die sozialistische Genfer „Travail“ bezeichnet den Ausgang der Wahlen als einen „versuchten gewaltsamen Aufstieg der Bourgeoisie, die gegen die sozialistische Partei sich zusammengeschlossen hatte und der auf der ganzen Linie zurückgeschlagen wurde.“ Angesichts des Wahlergebnisses muß man doch etwas lächeln ob dieser versuchten politischen Kampaufgabe. Denn schließlich ist ja doch ein Gesamtgewinn der Bürgerlichen von 5

Die Verhandlungen über den Reparationsausschuß.

Unterredungen Poincarés mit Parker Gilbert und Pirelli.

Paris, 3. Nov. Ministerpräsident Poincaré, der heute vormittag eine längere Unterredung mit Parker Gilbert in der Frage des Sachverständigenausschusses für die Reparationszahlungen hatte, verhandelte heute nachmittag mit dem italienischen Finanzminister Pirelli, der, wie erinnerlich, gestern Abend mit Parker Gilbert konferierte. Wasas kündigt an, daß Poincaré im Laufe des Abends die diplomatischen Vertreter der übrigen an der Reparationsfrage interessierten Mächte empfangen und über die Ergebnisse seiner heutigen Unterredungen unterrichten wird. Es scheint, so fügt die Agentur Havas hinzu, daß auf Grund dieser Meinungsaustausche die Frage der Schaffung eines Sachverständigenausschusses in ihre entscheidende Phase eintreten werde.

Botschafter von Hoersch bei Poincaré.

Paris, 3. Nov. Botschafter von Hoersch hatte heute abends eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Poincaré, in der der Meinungsaustausch über die Zusammenfassung des Sachverständigenausschusses zur Regelung der Reparationsfrage fortgesetzt wurde.

Tagungsort Paris, Beginn am 1. Dezember.

Paris, 4. Nov. Nach den Besprechungen, die Poincaré im Laufe des Sonntags mit den Vertretern der an der Reparationsfrage beteiligten Mächte hatte, und die im Laufe des Sonntags durch den Empfang des belgischen und japanischen Botschafters in Paris ihre Fortsetzung fanden, ist, wie in Pariser politischen Kreisen erklärt wird, das Problem der Zusammenfassung des Sachverständigenausschusses und dessen Vollmachten der Lösung nahe. Wenn man dem „Excelsior“ glauben darf, dann wird auch der Botschafter der Vereinigten Staaten in den nächsten Tagen bei Poincaré empfangen werden, da, wie auch „Petit Parisien“ und „Matin“ hervorheben, im Laufe der Pariser Besprechungen Poincaré und Parker Gilbert erneut die Möglichkeit ins Auge gefaßt haben, daß die Vereinigten Staaten in irgend einer Form in den Sachverständigenkomitees vertreten sein müßten. Dagegen über die verschiedenen Besprechungen von den amtlichen Stellen strenges Stillschweigen bewahrt wird, soll in amtlichen französischen Kreisen die Auffassung im allgemeinen recht optimistisch sein.

Der „Excelsior“ schreibt, daß bei den letzten Verhandlungen das „Mißverständnis“ über die Unabhängigkeit der Mitglieder der Sachverständigenkommission beseitigt worden sei. Das Blatt meint, daß die Erklärungen des deutschen Botschafters von Hoersch befriedigend gewesen seien. Das Blatt sagt dann weiter, daß man annehmen könne, daß sich keine Niederlage der vereinigten Bürgerparteien, sondern eben eine Schlange der Sozialdemokratie und des ihr verbundenen Kommunismus. Die Katholisch-Konservative Partei kann auf diesem Wahlausgang stolz sein. Denn die Scharte des Jahres 1925 ist vollkommen weggemacht, und es wird in der Zukunft an der organisierten und tatkräftigen Parteiarbeit liegen, ob sie weiter aufsteigen kann oder nicht. Die sozialen Kräfte, die sich in dieser Partei regen, sind gewaltig.

Wenn auch die Freude über den Sieg recht groß ist, so fällt doch durch den dieser Tage erfolgten Tod des erst 33 Jahre alten Generalsekretärs der Katholisch-Konservativen Partei Dr. Kubid ein Tropfen Vermut und Wehmut in die Freude. Mitten während der Wahlschlacht fiel er dahin, dahin, wie ein Held auf dem Schlachtfeld. Die Wahlen und der Erfolg waren im wesentlichen das Werk dieses jungen Generalsekretärs, der, immer wieder ausbleibend, in der Katholisch-Konservativen Partei nicht rastete, sondern die Partei durch harte Kämpfe zum Siege führte. Mit ihm ist einer aus der jüngeren Führerschaft dahingegangen, der für die Partei ein schwerer Verlust ist, und die freilich „Neue Züricher Zeitung“ hat nicht Unrecht, wenn sie in einem Nachruf ihn als ein „ausgesprochenes politisches Talent, das mit der Zeit sicher zu einer Führerschaft aufgestiegen wäre“ bezeichnet. Die gesamte Schweizerische Presse ohne Unterschied der bürgerlichen Parteien hat Dr. Kubid warme Nachrufe gewidmet. Sein Tod ist im wahren Sinne des Wortes ein Tod für die katholische Idee gewesen. Denn in ihr hat er sich aufgegeben und die Partei zum Siege geführt.

die Sachverständigen eine gewisse Freiheit des Urteils haben würden, daß sie aber auch Instruktionen von den Regierungen erhalten würden, mit denen sie in ständiger Fühlungnahme bleiben müßten. Allein die Regierungen würden darüber entscheiden, ob die Verhandlungen fortzuführen oder abzubrechen seien.

Ueber die Unterredung Poincarés mit Parker Gilbert schreibt der „Petit Parisien“, der Reparationsagent habe Poincaré über die deutsche Auffassung unterrichtet. Poincaré habe den Reparationsagenten über den französischen Standpunkt in Bezug auf die letzten deutschen Vorschläge in der Reparationsfrage aufgeklärt. Das Blatt will wissen, daß Poincaré dem deutschen Botschafter während der nahezu 12stündigen Unterhaltung am Sonnabend die Gründe dargelegt habe, die gegen Berlin als Tagungsort des Sachverständigenkomitees sprächen. Ueberstimmend schreibt die Pariser Sonntagspresse, daß nunmehr endgültig Paris zum Sitz der Sachverständigenkommission gewählt worden sei. „Newport Herald“ will wissen, daß der Sachverständigenausschuß am 1. Dezember in Paris zusammenzutreten werde. Der „Matin“ sagt, daß die Sachverständigen zu gegebener Zeit sich nach Berlin begeben würden, um an Ort und Stelle ihre Untersuchungen anzustellen. Das Blatt will weiter wissen, daß Poincaré dem deutschen Botschafter bereits die großen Linien der französischen Antwort auf die deutschen Vorschläge bekanntgegeben habe. „Petit Parisien“ will über den Inhalt der französischen Antwort wissen, daß Belgien den Wunsch ausgesprochen habe, daß Deutschland eine gemeinsame Antwort aller an der Reparationsfrage beteiligten Mächte überreicht erhalte. In Paris nimmt man an, daß jede der im Sachverständigenausschuß vertretenen Mächte drei Delegierte entsenden werde. Als französische Mitglieder werden genannt die früheren französischen Mitglieder des Dameskomitees Sergent und Parmentier; außerdem soll der Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, den Sachverständigen angehören. Das Blatt sagt jedoch, daß über die Zusammenfassung des Sachverständigenausschusses und auch der französischen Delegation noch nichts bekannt sei. Nach dem „Echo de Paris“ dürften die deutschen Annuitäten vielleicht auf 2300 Millionen festgelegt werden, vorausgesetzt aber nicht unter diesem Betrag, falls nicht Amerika seine Forderungen ermäßige.

Belgien und die Reparationsbesprechungen.

Brüssel, 3. Nov. Die belgische Telegraphenagentur meldet: Entgegen im Ausland umlaufenden Nachrichten hat die belgische Regierung der deutschen Regierung noch nicht die Stellungnahme zu den deutschen Vorschlägen hinsichtlich der Ernennung unabhängiger Sachverständiger für die demnächst zu schaffende Kommission mitgeteilt. Belgien hat auch noch keine Sachverständigen ernannt. Allerdings ist es wahrscheinlich, daß der frühere Finanzminister Francqui, der in diesem Zusammenhang genannt worden ist, bereit sein wird, die Aufgabe zu übernehmen.

Der Zeppelin-Flug nach Berlin.

Friedrichshafen, 4. Nov. Der Start des „Graf Zeppelin“ zu seiner Fahrt nach Berlin erfolgt, wie bereits gemeldet, Montag morgen um 2 Uhr. Wenn auch die Wetterlage in Nord- und Mitteldeutschland nicht gerade günstig ist - es sind starke Regenfälle und nordwestliche Winde zu erwarten - so hat sich Dr. Götter dennoch entschlossen, die Fahrt anzutreten. Das Luftschiff, das bereits stark in der Halle liegt, wird ohne Schwierigkeiten herausgebracht werden können.

Auf der Fahrt wird ausschließlich Benzin als Betriebsstoff verwendet werden, da bekanntlich die Blaugasverzeugung wegen einiger technischer Mängel ins Stocken geraten ist.

Im Bord werden insgesamt 66 Personen sein; 40 Mann Besatzung und 26 Fahrgäste. An der Fahrt nehmen auch die drei amerikanischen Marineoffiziere von der Luftschiffstation Lakehurst, die sich auf der Rückfahrt von Lakehurst nach Friedrichshafen an Bord befinden haben, teil. Die Startmannschaften liegen ab 1 Uhr nachts bereit. Die Fahrgäste sind zu 42 Uhr bestellt. Die Fahrt geht zunächst nach Ulm und Nürnberg, doch wird es sich erst entscheiden, ob man bei der gegenwärtigen Wetterlage den geraden nordöstlichen Kurs einhalten kann oder aber gezwungen ist, abzubrechen und eine Umfliegung vorzunehmen.

Die Fahrtroute des „Graf Zeppelin“.

Friedrichshafen, 4. Nov. Auf seiner Fahrt nach Berlin, zu der er heute nacht um 2 Uhr startet, wird „Graf Zeppelin“ voraussichtlich seinen Weg über Stuttgart, Bayreuth und Leipzig nehmen.

Hoover oder Smith?

Am Dienstag, dem 6. November, werden in den Vereinigten Staaten von Nordamerika die Wahlmänner für die Präsidentenwahl gewählt werden. Rund zwei Monate hat der Wahlkampf gedauert, und er ist mit der in Amerika gewohnten traditionellen Maßlosigkeit auch diesmal wieder durchgeführt worden. In ihrem politischen Programm unterscheiden sich die miteinander im Kampfe stehenden beiden Parteien, die demokratische und die republikanische, nicht sehr wesentlich. Die republikanische Partei, der die größeren Gelder zur Verfügung stehen, hat aber seit 80 Jahren mit nur zweimaliger Unterbrechung dauernd den Sieg davon getragen, und es wird ziemlich allgemein erwartet, daß sie auch diesmal wieder die Oberhand behält. Doch stehen im jetzigen Wahlkampf weniger die Parteien als solche miteinander in Konkurrenz, als die Persönlichkeiten, die als Kandidaten für die Präsidentschaft aufgestellt worden sind, der Republikaner Hoover und der Demokrat Smith. Das gibt der jetzigen Wahl eine neue Note, bringt aber auch ein starkes Unsicherheitsmoment für ihren Ausgang mit sich.

Der demokratische Kampf gegen Hoover operierte am meisten mit dem Hinweis, daß er das Werkzeug der Schwerindustrie sei, während man gegen Smith geltend machte, daß er irischer Abkunft und niedriger Herkunft sei; auch hat man seine Gegnerschaft gegen das Alkohol-Verbotsgesetz und seine Zugehörigkeit zur katholischen Kirche gegen ihn auszunutzen gesucht. Zum ersten Mal bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen hat das konfessionelle Moment eine Rolle gespielt. Die Republikaner sind mit dem Kelloggpaß verbunden, die Demokraten vermögen gegen den Friedenswillen dieses Paktes nichts anzuführen, kritisieren ihn aber doch, weil er ihrer Meinung nach infolge der vielen Vorbehalte verschiedener europäischer Staaten die Friedensverhältnisse in Europa faktisch nicht gebessert, sondern verschlechtert habe.

Es wird nicht ohne Interesse sein, daß amerikanische Wahlverfahren bei der Präsidentschaftswahl kurz zu skizzieren. Im ganzen sind 48 Staaten an der Wahl beteiligt. Und jeder Staat stellt je zwei Wahlmänner, als er Abgeordnete in den Senat und in das Repräsentantenhaus entsendet. In den Senat entsendet jeder Staat zwei. Die Zahl der Delegierten für das Repräsentantenhaus ist aber nach der Bevölkerungsdichte verschieden. Da gegenwärtig das Repräsentantenhaus 435 Mitglieder zählt, kann jede Partei in ihrer Gesamtheit 435 und 96 Wahlmänner = 531 Wahlmänner aufstellen. Im ganzen sind es also 1062 Wahlmänner, die aber bei der endgültigen Bestimmung des Kandidaten nicht mehr frei sind, sondern sich auf ihre Partei verpflichtet haben. Der Kandidat ist zum Präsidenten gewählt, der mindestens 266, also mindestens die Hälfte der Zahl der Wahlmänner auf sich vereinigt. Wie schon gesagt, ist die Gesamtzahl der Wahlmänner in jedem einzelnen Staat je nach der Bevölkerungsdichte verschieden groß. Aber in jedem Staat werden die Wahlmänner nicht nach dem Verhältniswahlsystem gewählt, sondern nach dem Prinzip der einfachen Mehrheit. Wenn also beispielsweise im Staat Ohio die Republikaner von ihren 24 Wahlmännern 13 gemäß ihrer Stimmenzahl bei proportionaler Berechnung durchsetzen würden, und die Demokraten von ihren 24 die übrigen 9, so würden faktisch diese 9 demokratischen Wahlmänner völlig wegfallen, die Republikaner beherrschen mit ihren 24 Wahlmännern den ganzen Staat. Bei der endgültigen Entscheidung kommt es also nach diesem Prinzip nicht darauf an, ob der Kandidat in ganz Amerika die meisten Stimmen hat oder nicht, sondern es kommt darauf an, daß er von den 48 Staaten die meisten Wahlmänner auf sich vereinigt. Es liegt eine gewisse Ungerechtigkeit in dieser Auswahl, an die man aber seit dem Jahre 1787, als die amerikanische Verfassung geschaffen wurde, noch nicht gedacht hat, da damals vorgelegt war, daß die Wahlmänner bei der Endwahl des Präsidenten in ihrer Entscheidung völlig frei sein sollten. Der eigentliche Wahlkampf dreht sich also um die sogenannten verzeifelten Staaten, d. h. die Staaten, die noch nicht fester Besitz der demokratischen oder republikanischen Partei sind.

Aber dieses Wahlverfahren hat das Gute an sich, daß an der Grundidee des Zweiparteiensystems in Amerika nichts geändert werden wird. Neue Parteien können in Amerika nicht aufkommen. Es ist wohl möglich, daß dem Parteikampf neue Gesichtspunkte beigegeben werden, die mit den Zeitverhältnissen oder mit der Persönlichkeit des Kandidaten selbst verknüpft sind, aber es kann nicht geschehen, daß solche neuen Gesichtspunkte, also etwa das konfessionelle Motiv, zu neuen Parteigründungen führen. Es wird in Amerika immer nur eine Partei regieren und damit bleibt das Land von den kritischen Erschütterungen frei, die in anderen Ländern, ausgenommen England, allenthalben die parlamentarische Demokratie heimsuchen.

Der neugewählte amerikanische Präsident wird erst mit Anfang des Monats März 1929 sein Amt antreten. Bis dahin kann er sich vorbereiten. Hoffen wir, daß es ein Mann sein wird, der mithilfe, die Welt, insbesondere Europa, von den furchtbaren Nachwirkungen des Krieges zu befreien. Deutschlands Hoffnung ruht nicht zuletzt in solcher Erkenntnis und Einsicht der kommenden amerikanischen Politik.

